



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 460 Anfrage Stutz Hans und Mit. über die Konsequenzen von „No Billag“ für die Luzerner Medienlandschaft / Staatskanzlei

Hans Stutz ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Hans Stutz: Der Regierungsrat hält in seiner Stellungnahme klar und eindeutig fest: „Die Initiative bedroht direkt das Informationsangebot der SRG, ihrer Radio- und Fernsehstationen und der übrigen Konzessionsempfänger.“ Weiter erklärt der Regierungsrat: „Gerade die für die politische Meinungsbildung unerlässlichen Nachrichtensendungen sind kostenintensiv, und deren Produktion hängt direkt sehr stark von den Einnahmen aus Gebühren ab. Es ist davon auszugehen, dass beim Wechsel zu einer rein kommerziellen Finanzierung die Abhängigkeit von privaten Geldgebern und ausländischen Konzernen zunähme und gerade die ausgewogenen Informationsgefässe leiden würden.“ Soweit bin ich mit der Antwort des Regierungsrates einverstanden. Ich habe jedoch drei Fragen gestellt, und bei zweien beantwortet er weder die Frage der Auswirkungen auf den Medienplatz noch auf die Arbeitsplätze nachvollziehbar. Die wortgleiche Anfrage wurde übrigens auch im Grossen Stadtrat gestellt, dort ist die Beantwortung aber anders ausgefallen. Der Stadtrat geht konkret auf die Fragen ein und erklärt, dass die „No Billag“-Initiative auch massive Auswirkungen auf die Arbeitsplätze hat und 110 Personen in Luzern deswegen ihre Arbeitsstelle verlieren könnten. Weiter sagt der Stadtrat, dass der Wegfall der Arbeitsplätze die Service-public-Angebote sehr einschränken würde, insbesondere bei der SRG.

Reto Frank: Seit 1930 hat die SRG 27 Sendegefässe aufgebaut, die meisten davon in den 80er- und 90er-Jahren. Die jahrelangen Diskussionen über den Service public dauern immer noch an. Seit der äusserst knapp gewonnenen Abstimmung über die Radio- und Fernsehgesetze im Juni 2015 hat sich im Angebot und an den Strukturen der SRG nichts geändert, obwohl seitens der SRG-Verantwortlichen unmittelbar nach der Abstimmung in Aussicht gestellt worden ist, darüber zu diskutieren. Diskutiert wurde schon, aber verändert hat sich nichts. Auf Effizienzdiskussionen oder Kostensenkungs- oder Kostenlenkungsdiskussionen hat man sich partout nicht eingelassen. Parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema wurden bekämpft, und die Gebühren sind laufend gestiegen. Nun steht die SRG erneut unter Druck. Am 4. März 2018 wird über die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren abgestimmt. Bundesrätin Doris Leuthard spricht von Gebührensenkungen für die Haushalte bis auf 300 Franken. Das ist möglich durch geplante Effizienzsteigerungsmassnahmen, Strukturänderungen im Angebot und einen Systemwechsel bei den Bestimmungen der Gebühren, nämlich von einer gerätebezogenen Gebühr hin zu einer haushaltsbezogenen Gebühr. Das bedeutet, dass praktisch jeder bezahlen muss, ob mit oder ohne Gerät. Die zahlenden Unternehmen werden sich ab 2019 etwa verdreifachen. Das alles ergibt Mehreinnahmen, die in die Gebührensenkung investiert werden sollen. Vorerst bleibt es aber ab 2019 bei 365 Franken Gebühren für den privaten

Empfang. Bei den Unternehmen verändert sich die Höhe der Abgaben stark. Damit bleibt die Schweiz im europäischen Vergleich immer noch das Land mit den höchsten Gebühren. Das Durchschnittsalter der SRF1-Zuschauer beträgt heute 60,8 Jahre, das der SRF2-Zuschauer 52,9 Jahre. Das Durchschnittsalter der Schweizer Bevölkerung liegt bei 42 Jahren. Trotz noch hoher Zuschauerzahlen bei den SRG-Sendern gehen diese seit 2000 laufen zurück. Beim Radio sieht es besser aus, dort bleiben die Zahlen konstant. Hingegen nehmen die Pay-TV-Angebote stark zu. Es findet ein Medienumbruch statt. Die SRG müsste dringend auf die veränderten Kundenbedürfnisse eingehen und den Service public grundlegend überdenken. Aus meiner Sicht sollte die SRG Kooperationen mit anderen Anbietern aus dem Rundfunkgeschäft eingehen, ihr Angebot straffen, sich fokussieren und das Angebot Kundensegment-orientiert modularisieren.

Andy Schneider: Die Antwort der Regierung ist in grossen Teilen erfreulich ausgefallen. Die Regierung nimmt klar Stellung und sagt Nein zu „No Billag“. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass bei einer Annahme der Initiative die Gefahr der politischen Einflussnahme besteht. Die Antwort zu Frage 3 ist jedoch ungenügend ausgefallen. Gesamthaft droht ein deutlich höherer Stellenverlust. Die Regierung schreibt von 26 Personen respektive von 15 Vollzeitstellen. In der Antwort des Stadtrates auf eine gleichlautende Anfrage ist von 110 Personen die Rede. Es ist wichtig, dass unser Parlament und die Bevölkerung über das gesamte Ausmass des möglichen Stellenabbaus im Kanton Luzern informiert werden. Ein Stellenabbau bei einem KMU in einem solchen Umfang würde zu Recht ein grosses Entrüsten und Bedauern auslösen. Der Stellenabbau im Rahmen unzähliger Sparmassnahmen ist hingegen kein Thema. Für die Betroffenen, ob in den KMU oder in der Verwaltung, ist der Verlust der Arbeitsstelle eine persönliche Katastrophe. Das gilt es auch in Zukunft zu beachten, wenn es ums Sparen geht.

Roger Zurbruggen: Die CVP lehnt die „No Billag“-Initiative aus drei Gründen ab. Als Volkspartei erklären wir uns solidarisch mit Minderheiten in anderen Sprachregionen, die ihre Sender nicht finanzieren können. Insbesondere erklären wir uns solidarisch mit sinnesbehinderten Menschen, die auf Untertitel und eine akustische Bildbeschreibung angewiesen sind. Auch diese Personen könnten das nicht selber bezahlen. Unsere direkte Demokratie funktioniert nur mit informierten Bürgern, die Informationen nicht nur als Konsumgut zu ihrer Unterhaltung betrachten, sondern die bereit sind, sich mit gut recherchierten Gesellschaftsthemen zu befassen. Aus diesem Grund ist die mediale Volksbildung ein Grundauftrag und deswegen in der Verfassung festgeschrieben. Diesen Verfassungsauftrag aufheben zu wollen, zeugt von einem leichtfertigen Umgang mit einer Grundvoraussetzung für unser Staatswesen. Die Behauptung, dass die unsichtbare Hand des Marktes ein effizienteres Mediensystem entstehen liesse, das nur von privaten Werbeträgern und konsumierenden Kunden finanziert würde, ist Wunschdenken. Nirgends in der globalen Marktwirtschaft gibt es ein privat finanziertes Vollprogramm mit nationalen und regionalen Informationssendungen. Dazu kommt die Mehrsprachigkeit unseres Landes. Wenn man die SRG für zu teuer befindet und man mit gewissen Dienstleistungen unzufrieden ist, ist es legitim, etwas daran zu ändern. Aber diesem System die finanzielle Grundlage zu entziehen und damit einen Zustand der ökonomischen, rechtlichen und staatspolitischen Unsicherheit zu schaffen, betrachten wir als verantwortungslos. Die CVP ist aus Gründen der Gesellschaftssolidarität, wegen ihres direkt-demokratischen Staatsverständnisses und aus ökonomischer Sicht klar gegen die „No Billag“-Initiative.

Heidi Scherer: Nach Ansicht der FDP sind die gestellten Fragen durch den Regierungsrat umfassend und sachlich beantwortet und die Konsequenzen aufgezeigt worden. Der Regierungsrat zeigt ebenfalls auf, dass die Auswirkungen bei Annahme der Initiative gross sein dürften und die Medienlandschaft der Zentralschweiz verändert würde. Er zeigt auf, dass ein Ja zu „No Billag“ die politische Meinungsbildung einschränken könnte und die politische Einflussnahme bei einer rein kommerziellen Finanzierung von Radio- und Fernsehstationen ein Risiko darstellt. Wir alle wollen eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft. Von „neutral“ müssen wir hier nicht reden, denn das gibt es wahrscheinlich nicht. Im Weiteren zeigt der Regierungsrat klar auf, dass die Betroffenheit bei

den zentralschweizerischen Sendern gross und die publizistische Vielfalt gefährdet wäre. Die konkreten Auswirkungen für die betroffenen Arbeitsplätze sind schwierig zu beantworten. Eine Annahme der „No Billag“-Initiative dürfte aber Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Bereichen betreffen. Die Haltung des Regierungsrates ist klar ersichtlich, er lehnt die „No Billag“-Initiative ab. Diese Haltung teilen sowohl die FDP-Fraktion als auch die FDP des Kantons Luzern.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Hans Stutz hat in seinem Votum von 110 Personen gesprochen, die ihre Stelle verlieren könnten. Diese Zahl ist nicht richtig. Von der Initiative betroffen wären die SRG, Tele 1 und Radio 3-fach. Wir haben mit diesen Unternehmen gesprochen, und ich kommuniziere keine Zahlen, die nicht nachvollziehbar sind. Gemäss unseren Recherchen handelt es sich um 90 Personen. Sowohl Tele 1 wie auch Radio 3-fach erhalten Beiträge und erbringen eine Leistung für den Service public.